

Nierhaus, Wolfgang

Article

Deutschlandprognose 2013/2014: Aufschwung voraus

ifo Dresden berichtet

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Nierhaus, Wolfgang (2014) : Deutschlandprognose 2013/2014: Aufschwung voraus, ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 21, Iss. 1, pp. 3-10

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/170060>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Deutschlandprognose 2013/2014: Aufschwung voraus¹

Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus*

Weltwirtschaftliches Umfeld

Im Sommer 2013 hat sich das Tempo der weltwirtschaftlichen Expansion leicht beschleunigt. Der Welthandel nahm etwas kräftiger zu als noch zu Jahresbeginn. Die Industrieländer waren dabei erstmals seit vier Jahren wieder die treibende Kraft der konjunkturellen Besserung. So kam in den USA und Großbritannien der Schuldenabbau im privaten Sektor weiter voran, begleitet von einer äußerst expansiven Geldpolitik. In Europa war die Fiskalpolitik zudem nicht mehr so restriktiv ausgerichtet und die Unsicherheit über den Fortbestand des Währungsraumes ging etwas zurück.

Wichtige Schwellenländer durchliefen dagegen eine Schwächephase, die unter anderem auf die erwartete baldige graduelle Straffung der Geldpolitik in den USA zurückzuführen war. So hatten insbesondere die Türkei, Indien, Indonesien, Brasilien und Südafrika starke Abflüsse von Auslandskapital zu verkraften, was die Refinanzierungsbedingungen für den privaten und öffentlichen Sektor merklich verschlechterte und die Währungen unter massiven Abwertungsdruck setzte. vielerorts waren jedoch auch strukturelle Probleme maßgeblich, die im Sommer wieder stärker zutage traten.

Die Wirtschaft des Euroraums hat sich im Sommerhalbjahr 2013 von der mehr als ein Jahr anhaltenden Rezession gelöst, auch weil der Restriktionsgrad der Finanzpolitik zurückgenommen wurde. Wesentlich war ebenso die kostenlose Versicherungsleistung für die Staatspapiere der Krisenländer, die die EUROPÄISCHE ZENTRALBANK (EZB) seit dem Spätsommer 2012 in Form ihres OMT-Programms anbot. Gleichzeitig ist die Wirtschaft der Währungsunion nach wie vor in einer äußerst schlechten Verfassung, durch eine stark ausgeprägte Heterogenität zwischen den einzelnen Mitgliedsländern gekennzeichnet und vielerorts weiterhin fragil und für krisenhafte Verwerfungen anfällig. So weisen mehrere Volkswirtschaften enorme, zumeist in der Dekade vor der Krise entstandene, private und/oder öffentliche Schuldenstände auf. In den Krisenländern Spanien, Portugal, Griechenland und Italien ist der steile Aufwärtstrend bei den von einem Zahlungsausfall gefährdeten Krediten nach wie vor ungebrochen. Der Kern der Problematik liegt aber in der fehlenden Wettbewerbsfähigkeit. Solange diese nicht wiederhergestellt ist, wird es nicht gelingen, die teils enormen Auslandsschulden zu tragen. Leider gibt es einen unlösbaren

Zielkonflikt zwischen der kurzen und der langen Frist. Maßnahmen, die der Wirtschaft kurzfristig Konjunkturimpulse verleihen, verzögern die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit durch reale Abwertung und behindern deshalb die langfristige Genesung.

Der vorliegenden Prognose liegt die Annahme zugrunde, dass es zu keiner neuerlichen Eskalation der Eurokrise kommt. Die wichtigste Voraussetzung dafür ist, dass die strukturellen Anpassungen im Euroraum wie bislang mit nur mäßigem Tempo fortgesetzt und die öffentlichen Defizite nur langsam zurückgefahren werden. Ein mögliches Hemmnis für die Reformbereitschaft und damit für die Herstellung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit in den Krisenländern sind die vielfältigen finanziellen Hilfen, die Lockerung der fiskalpolitischen Ziele, die die EU-Kommission mehreren Eurorauländern gewährte, sowie das OMT-Programm der EZB. Durch diese Maßnahmen wurden konjunkturelle Impulse freigesetzt und die zuvor sehr hohen Refinanzierungskosten gesenkt, doch zugleich wurde auch der Reformdruck reduziert. Ein weiteres Risiko besteht darin, dass sich die langfristigen Inflationserwartungen vom Ziel der EZB, das nahe bei 2 % liegt, entkoppeln könnten. Die Prognose basiert auf der Annahme, dass im Durchschnitt der Euroländer keine Deflation erwartet wird. Ein weiteres Risiko für diese Prognose besteht schließlich in der Entstehung von Preisblasen durch die äußerst günstige Bereitstellung von Liquidität.

Soweit sich das Basisszenario realisiert, wird die Weltkonjunktur allmählich an Fahrt gewinnen. Das Produzenten- und Konsumentenvertrauen hat sich in allen wichtigen Regionen verbessert. Die treibende Kraft hinter der konjunkturellen Beschleunigung sind im Unterschied zu den vergangenen fünf Jahren nicht die Schwellenländer, sondern die fortgeschrittenen Volkswirtschaften, in denen die Verbesserung der Vermögensposition der privaten Haushalte und die expansive Geldpolitik die Konjunktur zunehmend beleben. Zudem dürfte die Finanzpolitik in einer Reihe von Ländern weniger kontraktiv ausgerichtet sein.

Die Heterogenität zwischen den Mitgliedsstaaten des Euroraums wird nach wie vor hoch bleiben. Mehrere Mitgliedsländer haben noch immer mit gewaltigen Strukturproblemen zu kämpfen. Soweit sich die Annahmen der

* Dr. Wolfgang Nierhaus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Prognose realisieren, dürfte sich die zähe Erholung dennoch fortsetzen, weil der Rückgang der Importe für die heimische Wirtschaft stützend wirkt. Zudem werden die Krisenländer ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit angesichts sinkender Preise allmählich verbessern. Die Binnennachfrage in den Krisenländern dürfte indes rückläufig bleiben, da die private Verschuldung nach wie vor sehr hoch ist und die Arbeitslosigkeit voraussichtlich nicht zurückgeht. Zudem bleiben die Refinanzierungsbedingungen aufgrund der labilen Lage des Bankensystems schlecht und behindern die Investitionstätigkeit.

Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt 2013 im Euroraum voraussichtlich um 0,5 % zurückgegangen sein, im Jahr 2014 dürfte mit einem Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Höhe von 0,7 % zu rechnen sein. Dabei wird die Produktion in den Krisenländern nur geringfügig zunehmen (Spanien, Portugal) oder weiter schrumpfen (Italien, Griechenland, Zypern). Stabiler aufgestellte Volkswirtschaften wie Deutschland und Österreich werden hingegen einen Aufschwung haben. Für die unter massiven Wettbewerbsproblemen leidende französische Wirtschaft wird kein Aufschwung erwartet.

Da keine durchgreifende Erholung in den Krisenländern in Sicht ist, dürfte die Arbeitslosenquote, bei erheblichen regionalen Unterschieden, auf 12,2 % steigen. Die hohe Unterbeschäftigung wird die Teuerungsrate weiter dämpfen. Auch werden die zurückliegenden Erhöhungen der Verbrauchssteuern nach und nach an Wirkung verlieren. Daher dürfte sich die Inflationsrate auf 1,1 % im Jahresdurchschnitt 2014 abschwächen, nach 1,4 % im abgelaufenen Jahr.

Deutschland: Aktuelle Lage

In Deutschland hat die europäische Schuldenkrise die gesamtwirtschaftliche Produktion zu Beginn des vergangenen Jahres spürbar belastet. Im Sommerhalbjahr 2013 verbesserte sich die konjunkturelle Lage, unter anderem weil neue Impulse aus dem Ausland erwartet wurden. Die guten Einkommensperspektiven und die günstigen Finanzierungsbedingungen machten sich mehr und mehr bemerkbar. Als Folge nahm das Vertrauen von Unternehmen und Verbrauchern wieder zu. Davon profitierten der Konsum und die Ausrüstungsinvestitionen, letztere legten nach einer 1-½-jährigen Durststrecke konjunkturell erstmals wieder zu. Die Bauinvestitionen hielten ihren Aufwärtstrend, der in den letzten Jahren im Wesentlichen durch die Flucht in die Sachwerte und die Unsicherheit von Auslandsinvestitionen getrieben ist. Alles in allem war die Binnennachfrage die Haupttriebfeder der deutschen Konjunktur im Sommer.

Bei alledem blieb die Arbeitsnachfrage weiter hoch. Die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit erhöhte sich dank eines Abbaus von Kurzarbeit sowie zahlreicher Überstunden, die mit dem Nachholen von witterungsbedingten Produktionsausfällen einhergingen. Gleichzeitig war die Einstellungsbereitschaft hoch, sodass die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit unverändertem Tempo zunahm. Dennoch hat die Arbeitslosigkeit tendenziell zugenommen, hierzu trug die anhaltende Zuwanderung aus Osteuropa und den europäischen Krisenländern sowie eine steigende Erwerbsbeteiligung der Inländer bei. Der Lohnanstieg wurde im Sommer dadurch gebremst, dass außertarifliche Zahlungen wegfielen. Dabei bildeten sich die im Winter 2012/2013 stark gestiegenen Lohnstückkosten wieder etwas zurück.

Ausblick

Wichtige Indikatoren weisen darauf hin, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion schlecht in das Jahresendquartal 2013 gestartet ist. Mit einer fortgesetzten Dämpfung der wirtschaftlichen Aktivität ist angesichts der guten Rahmenbedingungen und unter den Annahmen des Basis-szenarios allerdings nicht zu rechnen. So ist der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft, der zu Quartalsbeginn ebenfalls gesunken war, seither wieder deutlich gestiegen. Die Wahrscheinlichkeit für einen konjunkturellen Aufschwung in Deutschland ist zum Jahreswechsel hoch.

Getragen wird der Aufschwung 2014 voraussichtlich von den binnenwirtschaftlichen Auftriebskräften: Der private Konsum dürfte angesichts der weiter günstigen Beschäftigungssituation und steigender Realeinkommen beschleunigt expandieren. Die Ausrüstungsinvestitionen ziehen deutlich an, höhere Absatz- und Gewinnerwartungen dürften zunehmend Erweiterungsinvestitionen anregen. Zudem bleiben die Vergabestandards für Unternehmenskredite unverändert günstig. Die mittlerweile recht gute Baukonjunktur wird sich fortsetzen, auch der bisher auf der konjunkturellen Schattenseite stehende Gewerbebau dürfte anziehen. Beim öffentlichen Bau schlägt die Verbesserung der kommunalen Finanzen zu Buche; außerdem fließen im Rahmen des Fluthilfefonds Mittel in den öffentlichen Tiefbau.

Die globale Beschleunigung der Nachfrage und die Stabilisierung der Konjunktur in vielen Mitgliedsländern des Euroraums verleihen der Exportwirtschaft neue Impulse. Da aber auch die Importe angesichts der schwungvollen Binnennachfrage beschleunigt expandieren dürften, werden vom realen Außenbeitrag keine expansiven Impulse auf das reale Bruttoinlandsprodukt ausgehen.

Alles in allem dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahresverlauf 2013 um 1,3 % gestiegen sein. Aufgrund des niedrigen Ausgangswerts zu Jahresanfang hat die Produktion den Vorjahresstand im Jahresdurchschnitt jedoch nur um 0,4 % übertroffen. Im Jahresverlauf 2014 dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt um 2,2 % beschleunigt zunehmen; im Jahresdurchschnitt dürfte die Zuwachsrate 1,9 % betragen (vgl. Abb. 1).

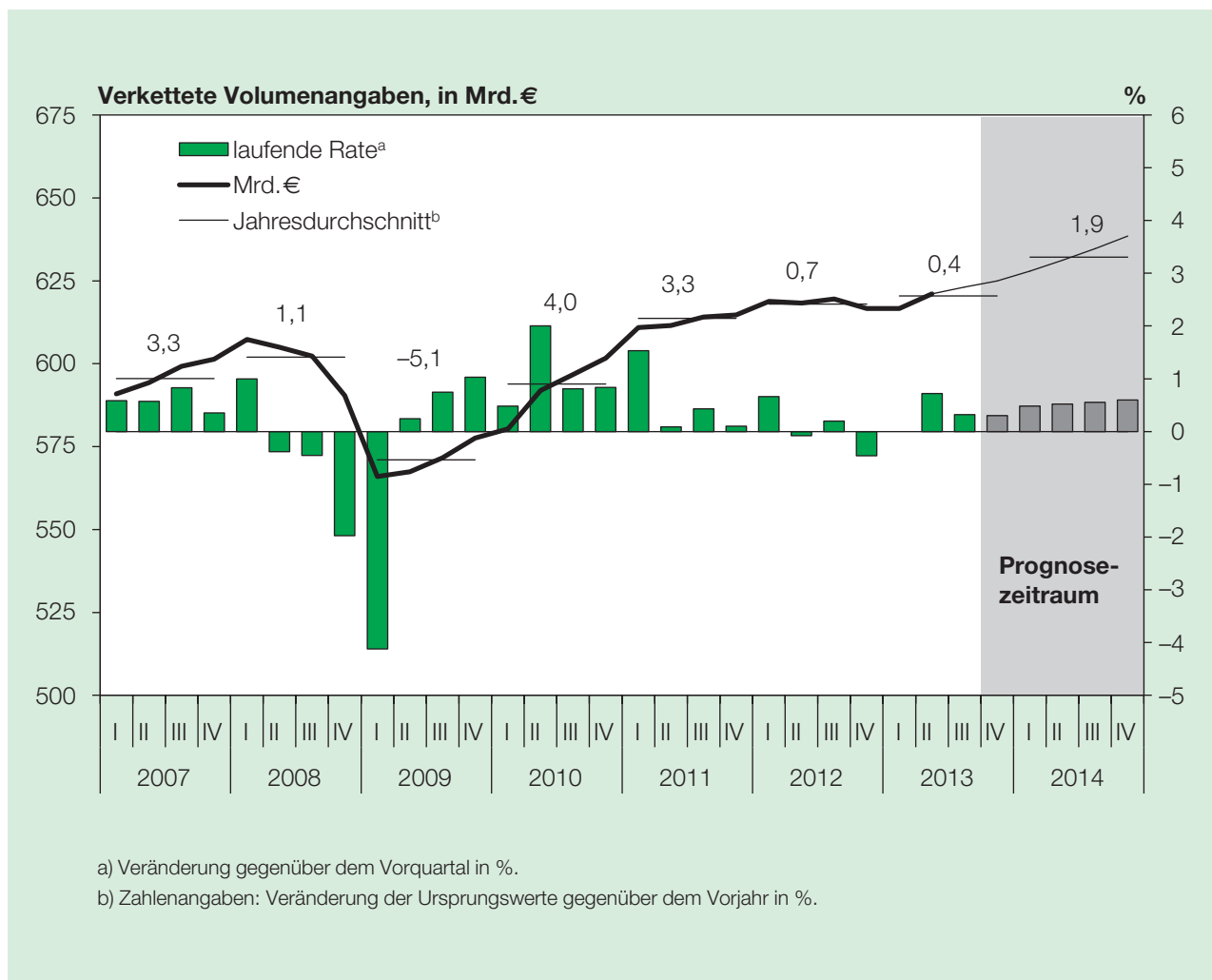
Die mit dieser Prognose verbundene Unsicherheit lässt sich anhand von Intervallen angeben, die die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts mit vorgegebenen Wahrscheinlichkeiten einschließen. Die Spanne für ein Prognoseintervall, das die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts für das Jahr 2014 mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa zwei Dritteln überdeckt, beträgt derzeit $\pm 1,1$ Prozentpunkte.

Bei alledem wird sich der Beschäftigungsaufbau fortsetzen. Gegen Jahresende 2014 dürften sich allerdings in einigen Arbeitsmarktsegmenten Knappheiten stärker

bemerkbar machen. Im Gefolge anziehender Reallöhne werden die Unternehmen zudem stärker als bisher Produktivitätsreserven mobilisieren, um den zunehmenden Lohnkostendruck zu kompensieren. Insgesamt erhöht sich die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt 2014 voraussichtlich um 230.000 Personen (vgl. Tab. 1). Die Arbeitslosigkeit dürfte im Verlauf des Jahres 2014 um 56.000 Personen zurückgehen; im Jahresdurchschnitt wird sie stagnieren. Zwar dürfte die Zahl der Inländer im Erwerbsalter erneut stark rückläufig sein, dafür steigt aber die Erwerbsbeteiligung weiter und die Migration aus den EU-Mitgliedsstaaten nach Deutschland hält an.

Der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe wird im Jahr 2014, wie schon 2013, 1,5 % betragen. Der gesamtsstaatliche Budgetüberschuss in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt, der sich im Jahr 2013 auf 0,2 % belaufen haben dürfte, wird im Jahr 2014 bei 0,3 % liegen. Die staatliche Bruttoschuldenquote würde sich dann deutlich, von 81,2 % auf rund 75 % verringern.

Abbildung 1: Bruttoinlandsprodukt in Deutschland (saison- und kalenderbereinigter Verlauf)



Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2013: Prognose des ifo Instituts.

Tabelle 1: Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2011	2012	2013 ¹	2014 ¹
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr ^a				
Private Konsumausgaben	2,3	0,8	0,9	1,5
Konsumausgaben des Staates	1,0	1,0	0,5	1,2
Bruttoanlageinvestitionen	6,9	-2,1	-0,8	4,5
Ausrüstungen	5,8	-4,0	-1,9	5,6
Bauten	7,8	-1,4	-0,5	3,8
Sonstige Anlagen	5,1	3,4	2,9	4,5
Inländische Verwendung	2,8	-0,3	0,7	1,9
Exporte	8,0	3,2	0,5	5,9
Importe	7,4	1,4	1,1	6,5
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	3,3	0,7	0,4	1,9
Erwerbstätige ^b (1.000 Personen)	41.152	41.608	41.862	42.092
Arbeitslose (1.000 Personen)	2.976	2.897	2.952	2.952
Arbeitslosenquote ^c (in %)	7,1	6,8	6,9	6,8
Verbraucherpreise ^d (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,1	2,0	1,5	1,5
Finanzierungssaldo des Staates ^e				
– in Mrd. €	21,5	2,3	6,0	9,2
– in % des Bruttoinlandsprodukts	-0,8	0,1	0,2	0,3
Leistungsbilanzsaldo				
– in Mrd. €	161,2	187,2	195,0	206,0
– in % des Bruttoinlandsprodukts	6,2	7,0	7,1	7,3
1) Prognose des ifo Instituts. – a) Preisbereinigte Angaben. – b) Inlandskonzept. – c) Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). – d) Verbraucherpreisindex (2010=100). – e) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95).				

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Bundesagentur für Arbeit; 2013 und 2014: Prognose des ifo Instituts.

Die Prognose im Detail

Exporte: Beschleunigter Anstieg

Im Winterhalbjahr 2012/2013 sind die Exporte deutlich gesunken; danach haben sie unter Schwankungen wieder expandiert. Aufgrund des niedrigen Ausgangsniveaus dürfte sich im Jahresdurchschnitt 2013 jedoch nur ein geringfügiger Zuwachs in Höhe von 0,5 % ergeben haben.

Im Verlauf des Jahres 2014 werden die Exporte wohl beschleunigt zulegen. Positive Impulse gehen insbesondere von China und Südostasien aus, aber auch von den USA sowie von Großbritannien und Osteuropa. Mit der einsetzenden Erholung in der Eurozone dürfte sich auch die Nachfrage nach deutschen Gütern wieder etwas erhöhen. Allerdings verlieren die deutschen Exporteure gegenüber wichtigen Handelspartnern an Wettbewerbsfähigkeit. Damit kommt es erstmalig seit 2007 auch zu einer Verschlechterung gegenüber den restlichen Ländern des Euroraums. Dies dürfte die deutsche Ausfuhrdynamik etwas dämpfen. Durch die Konjunkturbelebung im Euroraum im kommenden Jahr wird die Ausfuhr wohl etwas stärker zulegen als der Welthandel. Alles in allem ist im Jahr 2014 mit einem Anstieg des realen Exports um 5,9 % zu rechnen, nach 0,5 % im abgelaufenen Jahr.

Ausrüstungsinvestitionen: Aufwärtsbewegung setzt sich fort

Die Investitionen der Unternehmen in Ausrüstungen haben im Sommerhalbjahr 2013, nach einer Durststrecke von 1½ Jahren, erstmals wieder angezogen. Der Attentismus ist damit vorbei. So sind die Geschäftserwartungen der Investitionsgüterproduzenten aktuell deutlich optimistischer. Zudem ist die Reichweite an Auftragsbeständen im Verarbeitenden Gewerbe weiterhin hoch. Alles in allem dürften die Ausrüstungsinvestitionen 2013 aufgrund des Unterhangs zu Jahresanfang den Vorjahresstand jedoch um 1,9 % unterschritten haben.

In diesem Jahr wird sich die positive Entwicklung fortsetzen. Maßgeblich dafür werden expansive Impulse aus dem In- und Ausland sein. Zunehmend dürften auch Erweiterungsinvestitionen getätigt werden, zumal die Auslastung der Produktionskapazitäten weiter steigt. Die Finanzierungsbedingungen bleiben zudem äußerst vorteilhaft. Die vom ifo erhobene Kredithürde für Bankkredite an Unternehmen befindet sich auf niedrigem Niveau und auch der Bank Lending Survey der DEUTSCHEN BUNDESBANK indiziert, dass die Vergabestandards für Unternehmenskredite im vierten Quartal unverändert belassen werden. Das eher rückläufige Kreditvolumen am aktuel-

len Rand lässt zudem darauf schließen, dass viele Unternehmen ihre Investitionen vermehrt aus Eigenfinanzierung tätigen können. Alles in allem ist für das Jahr 2014 mit einer Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen von 5,6 % zu rechnen.

Bauinvestitionen: Weiter aufwärtsgerichtet

Die Bauinvestitionen haben im dritten Quartal 2013 deutlich angezogen. Den größten Stützpfeiler der Baukonjunktur stellten dabei die *Wohnungsbauinvestitionen* dar, die mit 2,6 % recht deutlich zuzulegen vermochten. Der private Wohnungsbau profitierte von den weiterhin niedrigen Kreditzinsen, der guten Arbeitsmarkt- und Einkommensentwicklung sowie von der relativ hohen Attraktivität von Immobilien als Anlageobjekt. Diese günstigen Rahmenbedingungen werden auch im Prognosezeitraum Bestand haben. Wichtige Frühindikatoren wie Auftragseingänge und Baugenehmigungen sind auf hohem Niveau und deuten auf eine fortgesetzte Dynamik hin. Allerdings könnten die im Koalitionsvertrag geplanten Maßnahmen im Mietwohnungsbereich wie die begrenzte Umlage von Modernisierungskosten und die Mietpreisbremse tendenziell dämpfend wirken. Insgesamt dürften die Wohnungsbauinvestitionen 2014 um 3,8 % expandieren, nach einer Rate in Höhe von 1,3 % im abgelaufenen Jahr.

Die *gewerblichen Bauinvestitionen* haben, nach starkem Einbruch im zweiten Quartal, im dritten Quartal 2013 saisonbereinigt ebenfalls zugelegt. Angesichts des günstigen Finanzierungsumfelds und der abnehmenden Produktionsunsicherheit werden sie im Prognosezeitraum weiter an Dynamik gewinnen. Hierauf deutet hin, dass die Auftragseingänge am aktuellen Rand zugenommen haben. Im Jahresdurchschnitt 2013 dürften die gewerblichen Bauinvestitionen um 3,7 % gesunken sein: in diesem Jahr werden sie dagegen um 3 % steigen.

Auch die *öffentlichen Bauinvestitionen* verzeichneten im dritten Quartal 2013 ein kräftiges Plus, nachdem sie bereits im zweiten Quartal durch das Nachholen von witterungsbedingten Produktionsausfällen stark zugelegt hatten. Die positive Grundtendenz wird angesichts gestiegener Auftragsbestände, vor allem im öffentlichen Tiefbau, anhalten. Zudem profitiert die öffentliche Hand von der entspannteren Finanzlage. Zwar ist die Kassenentwicklung der einzelnen Kommunen sehr heterogen, insgesamt gibt es aber Spielräume für Investitionsprojekte. Unterstützend wirken die im Prognosezeitraum wirksam werdenden Infrastrukturausgaben im Rahmen des Fluthilfefonds sowie die im Koalitionsvertrag vorgesehenen Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur. Im abgelaufenen Jahr dürften die öffentlichen Bauinvestitionen auf-

grund des starken Einbruchs zu Jahresanfang noch um 1 % gesunken sein. Für das Jahr 2014 wird ein Anstieg um 5,5 % erwartet.

Insgesamt dürften die Bauinvestitionen in Jahr 2013 um 0,5 % abgenommen haben, im Jahr 2014 werden sie voraussichtlich um 3,8 % steigen.

Privater Konsum: Kauflaune weiter hoch

Der private Konsum hat im Jahresverlauf 2013 unter Schwankungen weiter zugenommen. Maßgeblich für die Expansion war der Anstieg der real verfügbaren Einkommen. Spürbare Tarifloohnerhöhungen und zunehmende Beschäftigtenzahlen ließen die Masseneinkommen deutlich steigen. Hinzu kam, dass die Abzüge vom Bruttolohn am Jahresanfang verringert wurden.

Im Jahresendquartal dürfte sich der Anstieg des realen privaten Konsums fortgesetzt haben, das Konsumentenvertrauen und die Bereitschaft der Verbraucher, größere Anschaffungen zu tätigen, befinden sich auf hohem Niveau. Zudem signalisiert die zunehmende Zahl der Pkw-Neuzulassungen der privaten Halter, dass die Verbraucher nun auch bei diesem Gütersegment ihre Zurückhaltung allmählich aufgeben. Im Jahresdurchschnitt 2013 dürfte der reale private Konsum um 0,9 % zugenommen haben.

In diesem Jahr wird sich die Zunahme des privaten Konsums voraussichtlich fortsetzen. Zwar dürften die tariflichen Monatsverdienste mit 2 ½ % wohl nicht schneller als im abgelaufenen Jahr zulegen, die derzeit noch negative Lohndrift dürfte aber angesichts der weiterhin guten Arbeitsmarktlage ins Plus drehen, sodass die Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigtem beschleunigt steigen. Da auch die Beschäftigung zunimmt, werden die Bruttolöhne und -gehälter in der Summe um 3,5 % zunehmen (2013: 2,9 %). Netto fällt der Anstieg um 0,3 Prozentpunkte geringer aus. Zwar ist zu Jahresanfang der Grundfreibetrag erneut angehoben worden, und die steuerliche Absetzbarkeit von Rentenbeiträgen hat sich weiter verbessert, dagegen unterblieb die bei guter Finanzlage der Gesetzlichen Rentenversicherung gesetzlich vorgesehene Senkung des Beitragssatzes. Zusätzlich dämpfen 2014 die kalte Progression und die Heraufsetzung der Beitragsbemessungsgrenzen.

Die monetären Sozialleistungen der privaten Haushalte dürften im laufenden Jahr aufgrund des sozialpolitischen Kurswechsels der neuen Bundesregierung hin zu umfangreichen Leistungsausweitungen für ausgewählte Bevölkerungsgruppen sehr dynamisch steigen (2,9 %). So soll dem Koalitionsvertrag zufolge ab Jahresmitte die bisherige Mütterrentenregelung erweitert werden. Zudem können langjährig Versicherte ab diesem Zeitpunkt

bereits mit 63 Jahren (bisher 65 Jahre) ohne Abschlüsse in Rente gehen. Schließlich fällt die turnusmäßige Anpassung der Bestandsrenten merklich höher aus; hierzu trägt bei, dass die in den vergangenen Jahren aufgrund von Sicherungsklauseln unterbliebenen Rentenkürzungen nahezu nachgeholt worden sind.

Die Selbständigen- und Vermögenseinkommen dürften im Jahr 2014 im Gefolge der besseren Konjunktur ebenfalls kräftiger steigen. Alles in allem werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte voraussichtlich um 3,1 % expandieren, real um 1,5 %. Die Sparquote dürfte unverändert niedrig bleiben. Zwar verbilligt das im Vergleich zu früher niedrigere Zinsniveau den Gegenwartskonsum zu Lasten des Zukunftskonsums, was Sparen weniger vorteilhaft erscheinen lässt. Gleichzeitig verringert sich aber auch das Zinseinkommen der privaten Haushalte, was den Gegenwartskonsum schmälern und die Ersparnis erhöhen kann. Einem Rückgang der Sparquote wirken auch die weiter rege Wohnbautätigkeit der privaten Haushalte und die Notwendigkeit zur ergänzenden privaten Altersvorsorge entgegen. Insgesamt dürfte der reale private Konsum im Jahresdurchschnitt 2014 um 1,5 % zunehmen.

Preisauftrieb bleibt moderat

Der Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe hat sich bis in die Sommermonate 2013 hinein saisonbereinigt leicht beschleunigt, im vierten Quartal dürfte das Verbraucherpreisniveau nahezu konstant geblieben sein. Nahrungsmittel verteuerten sich deutlich: Bei Obst und Gemüse schlugen im Sommerhalbjahr massive Ernteaufschläge preistreibend zu Buche, zudem verteuerten sich Milch und Molkereiprodukte kräftig. Zudem hat sich der Anstieg der Wohnungsmieten leicht verstärkt. Demgegenüber haben die Preise für Energieträger in der zweiten Jahreshälfte etwas nachgegeben. Entlastungen ergaben sich zuletzt auch durch den Wegfall der Studiengebühren in Bayern.

Im Prognosezeitraum dürfte das Verbraucherpreisniveau in unverändertem Tempo verhalten steigen. Von den Rohölnotierungen geht annahmegemäß kein neuer Preisdruck aus, und auch die übrigen Importpreise dürften angesichts der konjunkturellen Schwäche in vielen Mitgliedsstaaten der Europäischen Währungsunion wohl nur lediglich verhalten zulegen. Binnenwirtschaftlich wirkt dem Preisdruck die steigende Produktivität entgegen. Die Strompreise werden weiter angehoben, wenngleich wohl weniger stark als in diesem Jahr: Zwar hat sich die EEG-Umlage zu Jahresbeginn weiter kräftig erhöht, jedoch dürften die gesunkenen Beschaffungskosten der Versorger aufgrund niedrigerer Börsenstrompreise wohl mehr als bisher an die Kunden weitergegeben werden.

Zusätzlich werden die Verbraucherbudgets 2014 dadurch geschmälert, dass die Bestandsmieten stärker als bisher angehoben werden. Außerdem haben sich zum Jahresanfang das Briefporto und die Tabaksteuer erhöht. Das gleiche gilt für die Fahrpreise vieler städtischer Verkehrsbetriebe. Im Vorjahresvergleich entfällt schließlich der preisdämpfende Effekt der Abschaffung der Praxisgebühr (0,2 Prozentpunkte). Insgesamt dürfte das Verbraucherpreisniveau 2014 – wie schon im abgelaufenen Jahr – um 1,5 % steigen.

Arbeitsmarkt: Knappheiten machen sich allmählich bemerkbar

Die konjunkturelle Schwächephase hat im Jahresverlauf 2013 kaum Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen. Die Erwerbstätigkeit verzeichnete im gesamten Jahresverlauf stabile Zuwächse. Maßgeblich hierfür waren steigende Beschäftigtenzahlen bei Dienstleistern und bei der Bauwirtschaft, während das Verarbeitende Gewerbe leichte Rückgänge verzeichnete. Trotz des Beschäftigungsaufbaus hat sich die Arbeitslosigkeit weiter erhöht. Zum einen nahm die Erwerbsbeteiligung weiter zu, zum anderen hielt die Nettozuwanderung aus EU-Mitgliedsländern an. Außerdem wurden weniger Arbeitslose in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gefördert (vgl. Tab. 2).

Im Jahr 2014 wird sich der Beschäftigungsaufbau im Sog der Produktionsausweitung zunächst leicht beschleunigen. Hierfür spricht der Anstieg des ifo Beschäftigungsbarometers. Auch die Zahl der bei der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT gemeldeten offenen Stellen hat den zwischenzeitlichen Tiefpunkt überwunden. Gegen Jahresende dürften sich Knappheiten insbesondere bei Fachkräften stärker bemerkbar machen. Zudem werden die Unternehmen im Gefolge anziehender Reallöhne stärker bestrebt sein, Produktivitätsreserven zu mobilisieren, um den Lohndruck auszugleichen. Alles in allem erhöht sich die Zahl der Erwerbstätigen um durchschnittlich 230.000 Personen. Der Anstieg wird von einer Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung getragen (+250.000), die den Rückgang der marginalen Beschäftigung mehr als ausgleichen dürfte. Dabei ist unterstellt, dass die Bremswirkungen, die die Einführung eines Mindestlohns 2015 bringen wird, im Prognosezeitraum noch nicht zu Buche schlagen werden.

Inwiefern die steigende Erwerbstätigkeit die Zahl der Arbeitslosen sinken lässt, hängt von der Entwicklung des Arbeitsangebots ab. Einerseits dürfte die Zahl der Inländer im Erwerbsalter erneut stark rückläufig sein und die Zahl der Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wird wohl kaum noch reduziert. Dies spricht für sich genommen für einen deutlichen Rückgang der Arbeits-

losigkeit. Andererseits nehmen dem langfristigen Trend folgend immer mehr Inländer am Erwerbsleben teil. Außerdem wird die Migration nach Deutschland aus den EU-Mitgliedsstaaten hoch bleiben. Schließlich gilt die Arbeitnehmerfreizügigkeit nunmehr auch für Bulgaren und Rumänen. Alles in allem dürfte die Arbeitslosigkeit im Verlauf des Jahres 2014 leicht um 56.000 Personen zurückgehen; im Jahresdurchschnitt wird sie stagnieren.

Staatshaushalt: Gesamtstaat schreibt weiter schwarze Zahlen

Das Staatsdefizit ist seit der Finanzkrise deutlich gesunken. Seit dem Jahr 2012 fährt der staatliche Gesamthaushalt sogar Überschüsse ein. Dabei sind allerdings nicht alle öffentlichen Haushalte ausgeglichen. Während Bund und Länder weiterhin Defizite ausweisen, werden bei den Gemeinden und bei der Sozialversicherung deutliche Überschüsse verbucht.

Das Steueraufkommen dürfte im Jahr 2014 mit 3,4 % in etwa so stark expandieren wie im Vorjahr. Dabei werden die Lohn- und Einkommensteuer wohl deutlich stärker zunehmen als die Produktions- und Importabgaben. Zwar wird der Grundfreibetrag erneut leicht angehoben, die Wirkung der kalten Progression wird hierdurch jedoch erneut nur gedämpft.

Die Sozialbeiträge werden im Jahr 2014 insgesamt um rund 3 % zunehmen, was in etwa dem Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter entspricht. Dabei ist unterstellt, dass der Beitragssatz zur Rentenversicherung konstant bleibt. Alles in allem werden die staatlichen Einnahmen im Jahr 2014 voraussichtlich um 3 % steigen und damit etwas weniger kräftig als das Bruttoinlandsprodukt.

Die staatlichen Ausgaben dürften voraussichtlich in ähnlicher Größenordnung zunehmen. Insbesondere die Vorleistungen, die sozialen Sachleistungen und die Bruttoinvestitionen tragen zu diesem Anstieg bei. Bei den monetären Sozialleistungen schlägt zu Buche, dass die Altersruhegelder zur Jahresmitte 2014 stärker angehoben werden. Zudem treten zu diesem Zeitpunkt, den Koalitionsvereinbarungen zufolge, umfangreiche rentenrechtliche Leistungsverbesserungen in Kraft. Hier wird unterstellt, dass hierdurch Mehrausgaben in Höhe von ca. 4 Mrd. € fällig werden, wobei der weit überwiegende Teil der Mütterrente zuzurechnen ist.

Alles in allem dürften die staatlichen Ausgaben im Jahresdurchschnitt 2014 beschleunigt um rund 3 % zunehmen. Da der Anstieg etwas hinter dem Zuwachs der Einnahmen zurückbleiben dürfte, ergibt sich im gesamthaushaltlichen Haushalt ein leichter Finanzierungsüberschuss. In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt dürfte er

Tabelle 2: Arbeitsmarktbilanz (Jahresdurchschnitte in 1.000 Personen)

	2011	2012	2013	2014
Deutschland				
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	57.835	57.973	58.201	58.715
Erwerbstätige Inländer	41.101	41.545	41.798	42.022
Arbeitnehmer	36.553	36.997	37.295	37.508
darunter:				
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	28.440	28.991	29.345	29.595
Marginal Beschäftigte	5.763	5.646	5.612	5.567
darunter:				
Minijobs	4.865	4.805	4.791	4.781
1-Euro-Jobs ^a	166	129	110	75
Selbständige	4.548	4.548	4.503	4.513
Pendlersaldo	51	63	64	71
Erwerbstätige Inland	41.152	41.608	41.862	42.092
Arbeitslose	2.976	2.897	2.952	2.952
Arbeitslosenquote ^b	7,1	6,8	6,9	6,8
Erwerbslose ^c	2.502	2.316	2.273	2.213
Erwerbslosenquote ^d	5,7	5,3	5,2	5,0
Kurzarbeit	148	111	127	100

a) Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung. – b) Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). – c) Definition der ILO. – d) Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; 2013 und 2014: Prognose des ifo Instituts.

sich auf 0,3% belaufen, nach 0,2% im abgelaufenen Jahr. Die Bruttoschuldenquote wird von 81,2% auf rund 75% sinken.

¹ Gekürzte Fassung der ifo Konjunkturprognose vom Dezember 2013. Vgl. S. HENZEL, W. NIERHAUS, et. al., ifo Konjunkturprognose 2013/2014: Deutsche Konjunkturlokomotive kommt unter Dampf, in: ifo Schnelldienst, 24/2013, 66. Jg., S. 20–67.